

Vier Jahre christlich-liberale Koalition: Erfolgreiche Jahre für den deutschen Mittelstand

Deutschland geht es gut. Dies liegt vor allem an dem verantwortungsvollen und engagierten Handeln in den mittelständischen Unternehmen und Familienbetrieben durch deren Eigentümer und Beschäftigte. Der Mittelstand hat aber auch von den guten Rahmenbedingungen profitiert, welche die christlich-liberale Koalition seit 2009 konsequent ausgebaut hat.

Lohnnebenkosten

Dank der guten Entwicklung am Arbeitsmarkt haben sich die Sozialkassen sehr positiv entwickelt. In allen sozialen Sicherungssystemen wurden Überschüsse erwirtschaftet, die zu Beitragssenkungen genutzt wurden. So wurde beispielsweise der Rentenversicherungsbeitrag von 19,9 Prozent auf 18,9 Prozent gesenkt, was Arbeitgeber und Arbeitnehmer jeweils um rund 4,5 Mrd. Euro entlastet.

Bürokratieabbau

Die steuerlichen Anforderungen an elektronische Rechnungen wurden deutlich vereinfacht. Dadurch spart die Wirtschaft jährlich rund 4 Mrd. Euro. Zudem wurde die Lohnsteuerkarte aus Papier abgeschafft. Die damit verbundene Einführung des elektronischen Abrufverfahrens der Lohnsteuerabzugsmerkmale der Arbeitnehmer entlastet Unternehmen um 262 Mio. Euro pro Jahr. Auch die Abschaffung der Praxisgebühr entlastet: Während für Bürgerinnen und Bürger die quartalsweise Zuzahlung für Arztbesuche von 10 Euro wegfällt, sparen Arztpraxen rund 336 Mio. Euro pro Jahr Bürokratiekosten.

Energiepolitik

Die Förderung von Photovoltaikanlagen nach dem EEG wurde reduziert. Damit wurde den gesunkenen Anlagenpreisen Rechnung getragen, das Zubautempo verringert und den steigenden Strompreisen Einhalt geboten. Im Gegenzug wurde das CO₂-Gebäudesanierungsprogramm ausgebaut. Dies hilft, die oft hohen Investitionen für die energetische Sanierung über Kredite und Zuschüsse zu realisieren und rentabel zu machen.



**Am 22. September
beide Stimmen CDU/CSU**



Steuern und Bilanzen

Durch das Wachstumsbeschleunigungsgesetz wurden die Wirtschaft und die Bürger um jährlich 8,5 Milliarden Euro entlastet. Für Unternehmen wurden im Unternehmensteuerrecht Regelungen geändert, die sich in der Krise als besonders wachstumshemmend erwiesen hatten. Kleine und mittlere Unternehmen können seitdem Zinsaufwendungen wieder unbegrenzt steuerlich geltend machen. Dafür wurde die Freigrenze für die sogenannte Zins-schranke auf Dauer auf drei Millionen Euro angehoben. Die Umsatzgrenze für die Ist-Besteuerung wurde dauerhaft auf 500.000 Euro angehoben. Auch das Reisekostenrecht wurde deutlich vereinfacht. Kleinere und mittelständische Unternehmen unterliegen zudem nicht mehr den strengen Veröffentlichungspflichten der Rechnungslegung, wie sie für größere Unternehmen gelten.

Innovationsförderung

Die Fördermittel für das Zentrale Innovationsprogramm Mittelstand (ZIM) wurden in den vergangenen beiden Jahren auf rund 500 Mio. Euro aufgestockt. Durch den High-Tech Gründerfonds II und den Investitionszuschuss „Wagniskapital“ wurden die Finanzierungsmöglichkeiten für junge Technologieunternehmen weiter verbessert. Die neuen europäischen Eigenkapitalregeln für Banken (Basel III) enthalten eine Ausnahmeregelung für Mittelstandskredite. Damit dürfte sich Basel III nicht negativ auf die Finanzierungsmöglichkeiten des Mittelstands auswirken.

Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik

Die Anerkennung ausländischer Berufsabschlüsse wurde vereinfacht. Mit der Bluecard sollen mehr ausländische Hochqualifizierte für den deutschen Arbeitsmarkt gewonnen werden. Speziell für den Fachkräftemangel im Mittelstand wurde das Kompetenzzentrum für Fachkräftesicherung im Mittelstand eingerichtet, das Unternehmen bei der Gewinnung von Fachkräften berät. Der Ausbildungspakt wurde 2010 auf den bestehenden Bewerbermangel in Ausbildungsberufen neu ausgerichtet.

Rot-Grün hat weitere Entlastungen verhindert

Eine Verkürzung der steuerlichen und handelsrechtlichen Aufbewahrungsfristen für Rechnungen und Belege scheiterte am Rot-Rot-Grünen Widerstand im Bundesrat. Auch die Abmilderung der Kalten Progression, die dazu führt, dass Arbeitnehmer bei Lohnerhöhungen, die lediglich dem Inflationsausgleich dienen, sofort einen höheren Durchschnittssteuersatz bezahlen, hat Rot-Rot-Grün verhindert. Ihre Blockadehaltung haben DIE LINKE, SPD und DIE GRÜNEN auch bei der steuerlichen Förderung der energetischen Wohngebäudesanierung sowie bei der Strompreisbremse, die ein weiteres Explodieren der Energiekosten verhindert sollte, aufrecht erhalten.

Mindestlohn zum 1. Februar: Rot-Grüner Jobkiller mit Ansage

SPD und Grüne planen die Einführung eines einheitlichen, flächendeckenden Mindestlohns zum 1. Februar 2014, sollten sie die Bundestagswahl gewinnen. Rot-Grün kann es offensichtlich nicht schnell genug gehen, einen einheitlichen Mindestlohn in Deutschland zu etablieren, der für alle Branchen und Regionen gleichermaßen gilt. Dabei schadet eine Lohnuntergrenze, die wie mit dem Rasenmäher flächendeckend über Deutschland gezogen wird, dem Wirtschaftsstandort massiv, weil sie die unterschiedlichen Gegebenheiten innerhalb Deutschlands und in den einzelnen Branchen missachtet.

Ein einheitlicher flächendeckender Mindestlohn wäre ein politischer Mindest-

lohn, weil er einzig nach politischen Kriterien für ganz Deutschland festgesetzt würde. Heute fordern SPD und Grüne einen Mindestlohn von 8,50 Euro. Bei der nächsten Wahl werden sie sicherlich eine noch höhere Lohnuntergrenze fordern. DIE LINKE propagiert sogar einen festgelegten Mindestlohn von 10 Euro. Es kann nicht sein, dass derjenige die Wahl gewinnt, der den höchsten Mindestlohn verspricht.

SPD und Grüne wurden bei der Vorstellung ihres Mindestlohnkonzeptes nicht müde zu betonen, dass ein einheitlicher Mindestlohn von 8,50 Euro einen Kaufkraftzuwachs von etwa 19 Milliarden Euro bewirkt. Dies ist naiv, denn es wird nicht berücksichtigt, „dass

der Mindestlohn nicht nur positive Konsequenzen hat“, wie das IW Köln hervorhebt. Ein einheitlicher Mindestlohn lässt Unternehmensgewinne abschmelzen. Das wirkt sich negativ auf die Kaufkraft und die Mittel für Investitionen aus. Zu Recht betont das IW Köln, dass ein gesetzlicher Mindestlohn Arbeitsplätze für weniger qualifizierte Beschäftigte wegfallen lässt oder ins Ausland verlagert.

Die MIT unterstützt daher vielmehr das Bestreben, Lohnuntergrenzen an die regionalen und branchenspezifischen Gegebenheiten anzupassen und differenzierte Mindestlöhne einzuführen, wie es auf dem CDU-Parteitag 2011 beschlossen wurde.

„Im Übrigen bin ich skeptisch, was die Einführung eines gesetzlichen, flächendeckenden Mindestlohns angeht. Ich sehe einfach nicht, wie das funktionieren soll.“

Bild am Sonntag, 18. Juni 2006

„Wir haben einen Fahrplan: Gesetzlicher Mindestlohn zum 1. Februar 2014.“

Bundespressekonferenz, 11. Juli 2013



Verteilungsgerechtigkeit: Der soziale Ausgleich funktioniert

Die in der politischen Diskussion häufig geäußerte Behauptung, in Deutschland seien Einkommen und Vermögen zunehmend ungleich verteilt, ist nach einer jetzt vorgelegten Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW) nicht haltbar.

Demnach erfüllen die Werkzeuge, mit denen der Staat umverteilt und sozialen Ausgleich herstellt, nach wie vor ihre Aufgabe. Bei den staatlichen Transfer-

leistungen liegt die Bundesrepublik im EU-Vergleich auf Platz 6 jener Länder, in denen die unteren Einkommensbereiche am meisten profitieren. Ihr Nettoeinkommen besteht zu über 60 Prozent aus Transferleistungen.

Nicht zutreffend ist ferner die Kritik, der Niedriglohnsektor werde immer größer. Sein Anteil stagniert vielmehr seit 2007 bei rund 22 Prozent. Ins Reich der Fabel gehört auch, dass immer

mehr Vollzeitbeschäftigte nicht von ihrer Arbeit leben können. Die Zahl der sogenannten Hartz-IV-Aufstocker ist nämlich in den vergangenen Jahren um 50.000 auf 290.000 in 2011 gesunken. Ein Mindestlohn von 8,50 Euro eignet sich der Studie zufolge nicht zur zielgenauen Bekämpfung von Armut. Er gefährde aber viele Arbeitsplätze gerade für Problemgruppen.

Quelle: IW Köln

Verbotspartei: GRÜNE untersagen alles, was nicht ihrer Anschauung entspricht

Während die Sozialdemokraten im Wahlkampf voll und ganz auf das Thema Gerechtigkeit setzen und die vermeintlichen „Besserverdiener“ ordentlich zur Kasse bitten wollen, propagieren DIE GRÜNEN vor allem Regulierung und Bevormundung. Alles, was nicht dem grünen Weltbild entspricht, soll verboten werden.

DIE GRÜNEN wollen den Menschen vorschreiben, wie sie ihr Leben zu gestalten haben. Und dies mit zum Teil absurden Vorschlägen: Sie diktieren beispielsweise, wann man einzukaufen hat und was auf den Tisch kommen soll. Verkaufsoffene Sonntage oder generelles Einkaufen nach 20 Uhr werden nach dem Willen der Grünen untersagt. Einkäufe werden möglichst im Jutebeutel nach Hause getragen, und Plastiktüten mit einer Steuer von 22 Cent pro Beutel belegt. Ginge es nach Cem Özdemir würden die Plastiktüten sogar komplett verbannt. Fleisch sollte sich unter keinen Umständen in der Einkaufstasche befinden, zumindest nicht an einem Donnerstag. Den grünen Spießbürgern wäre es wahrscheinlich sowieso lieber, wenn jeder künftig

seinen Fisch selbst angelt, statt – womöglich mit dem Auto – einkaufen zu fahren. Aber Halt: Nachtangeln soll auch verboten werden, denn dies stört die Ruhe der Tiere. Renate Künast würde außerdem sofort Limonade an den Schulen verbieten und Bärbel Höhn stört sich an Werbung für Süßigkeiten im deutschen Fernsehen. Außerdem soll Ponyreiten von Jahrmärkten verbannt werden.

Sollten DIE GRÜNEN künftig in Deutschland regieren, gehören nicht nur Nachtflüge, Billigflüge, Zigarettensautomaten, Büro-Aschenbecher, Rauchen beim Autofahren und im Biergarten, Heizpilze, Solarien, Getrenntgeschlechtliche Toiletten, Computerspiele, Grillen im Park sowie die Handynutzung bei Kulturveranstaltungen der Vergangenheit an, sondern auch Sonntagsfahrten. Dafür dür-

Na, liebe Grüne, da geht doch noch was...

Zwangs-Vegetarismus
Jute-Tüten-Verordnung
Schleichfahrten auf Autobahnen

...



fen wir alle künftig Zug fahren, aber bitte nicht in der 1. Klasse der Deutschen Bahn. Diese soll natürlich auch abgeschafft werden.

Das Autofahren per se soll nach bisherigen Aussagen der Grünen vorerst erhalten bleiben. Dabei wird es künftig jedoch deutlich länger dauern, um zur Arbeitsstelle zu gelangen, denn ein Tempolimit von 120 km/h auf Autobahnen und eine Höchstgeschwindigkeit von 30 km/h in Kommunen würden die Grünen sofort einführen.

Auf einen Blick: Kernforderungen der MIT zur Bundestagswahl 2013

- Die MIT steht hinter der gemeinsamen europäischen Währung. Die Währungsunion muss aber zu einer Stabilitätsunion zurückkehren. Eine Haftungs- und Transferunion lehnen wir ab.
- Wir sprechen uns grundsätzlich gegen eine der Erhöhung der Steuer- und Abgabenlast aus. Wir lehnen eine Vermögensteuer sowie eine Vermögensabgabe und die Erhöhung der Erbschaftsteuer ab.
- Im Jahr 2030 werden dem deutschen Arbeitsmarkt 5,2 Mio. Arbeitskräfte fehlen. Daher bedarf es der Ausschöpfung des gesamten inländischen Erwerbspersonenpotenzials und mehr Anstrengungen bei der Zuwanderung von Fachkräften.
- Wir fordern die weitestgehende Ent-

kopplung der Kosten der Sozialversicherung von den Lohnkosten. Ein notwendiger sozialer Ausgleich soll über nicht verhandelbare Steuermittel erfolgen. Der gesetzliche Leistungskatalog aller Sozialversicherungen ist auf Kernleistungen zu beschränken.

verlässliche Politik

- Die Regelung zur vorgezogenen Fälligkeit der Sozialversicherungsbeiträge hat zu einem unnötigen Bürokratieaufwand und zu Liquiditätsentzug in den Unternehmen geführt. Die Regelung muss zurückgeführt werden.

- Die MIT lehnt einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn ab. Die Folgen der Einführung von Mindestlöhnen wären steigende Langzeitarbeitslosigkeit und eine florierende Schattenwirtschaft.

- Auch für die Energiewende müssen die Grundsätze der Sozialen Marktwirtschaft gelten. Die Balance zwischen freiem Wettbewerb auf dem Energiemarkt und politischen Vorgaben und Zielen darf nicht aus dem Gleichgewicht geraten.

- Die größte Energiequelle ist die Energieeffizienz. Die steuerliche Förderung von energetischen Sanierungsmaßnahmen sowie Teilmaßnahmen an Wohngebäuden muss umgehend umgesetzt werden.

Trotz Rekordsteuereinnahmen: Rot-Rot-Grün will Mittelschicht stärker belasten

Rekordsteuereinnahmen im ersten Halbjahr 2013: Von Januar bis Juni flossen rund 277 Milliarden Euro in die Kassen von Bund und Länder. Das sind 3,5 Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum. Dies geht aus Daten des Bundesfinanzministeriums hervor.

Hauptursache für die gestiegenen Steuereinnahmen ist ein deutliches Plus von 7,2 Prozent bei der Lohnsteuer. „Neben dem andauernd hohen Beschäftigungsniveau wirkten sich verstärkt auch die diesjährigen Tariflohnsteigerungen im Aufkommen aus“, erklärt das Finanzministerium. So haben die Arbeitnehmer im ersten Halbjahr fünf Milliarden Euro mehr Lohn-

steuer an das Finanzamt gezahlt als im Vorjahreszeitraum.

Diese Rekordsteuereinnahmen reichen jedoch den Politikern von DIE LINKE, SPD und DIE GRÜNEN nicht aus. Sie ignorieren, dass der Staat kein Einnahmen- sondern ein Ausgabenproblem hat. Statt die Mittelschicht zu entlasten, wollen Rot-Rot-Grün Steuern und Abgaben deutlich erhöhen, u.a. durch eine Anhebung der Einkommensteuer, Absenkung der Einkommensgrenzen für den Spitzensteuersatz, Abschaffung des Ehegattensplittings, Wiedererhebung der Vermögensteuer, Einführung einer Vermögensabgabe und einer Verdopplung der Erbschaftsteuer.



Präsentation der Wahlkampfstrategie der Sozen:

Solidaritätszuschlag muss 2019 auslaufen

Angesichts immer neuer Rekordsteuereinnahmen ist es aus Sicht der MIT nicht länger vermittelbar, dass alle Einkommensbezieher und Unternehmen weiterhin zur solidarischen Finanzierung des Aufbau Ost zur Kasse gebeten werden. Daher sollte der Solidaritätszuschlag ab 2019 gestrichen werden.

Derzeit werden 5,5 Prozent auf die Einkommen-, Abgeltung- und Körperschaftsteuer fällig. Eine Streichung des Soli wäre eine spürbare Entlastung von Arbeitnehmern und Arbeitgebern gleichermaßen. Die Wirtschaft würde deutlich von niedrigeren Steuern profitieren, da Unternehmen mehr Geld für Investi-

tionen zur Verfügung steht. Die zusätzlichen Euro in der Geldbörsen der Arbeitnehmer würden den Konsum anregen.

Der Zweck des Soli, die Lebensbedingungen im Osten der Republik an jene der alten Bundesrepublik anzupassen, wird längst ad absurdum geführt. Von den schätzungsweise 14 Milliarden Euro Soli-Aufkommen 2013 werden nur noch rund sechs Milliarden Euro in den Osten investiert. Bis zum Auslaufen des Solidarpakts II im Jahr 2019 werden sich die Überschüsse auf etwa 100 Milliarden Euro summieren, was allein dem Bundeshaushalt zugute kommt.



Steigende Energiepreise, neue bürokratische Lasten, fehlende Fachkräfte und die Sorge vor immer höheren Steuern und Abgaben: Die MIT rückt die Anliegen der Unternehmer in den Fokus in ihrer Kampagne zur Bundestagswahl 2013. Unter dem Stichwort „Was dem Mittelstand am Herzen liegt“ bringen Unternehmerinnen und Unternehmer aus ganz Deutschland die Sorgen und Forderungen von kleinen und mittleren Unternehmen zum Ausdruck.

Alle Motive der Kampagne „Was dem Mittelstand am Herzen liegt“ finden Sie unter www.mittelstand-deutschland.de

Link-Tipps zur Wahl 2013

Wahlfakten

www.wahlfakten.de

Regierungsprogramm 2013-2017

www.cdu.de/regierungsprogramm

Vermögensteuerrechner

www.vermoegensteuerrechner.de

Bürgerversicherungsrechner

www.buergerversicherungsrechner.de

Peers Steuerschrauben

www.peers-steuerschrauben.de

Wahl-Wörterbuch: Rot-Grün – Deutsch

www.vorsicht-vor-rot-gruen.de

teAM Deutschland

www.team.cdu.de

MIT - Bundesverband

ViSdP: Hans-Dieter Lehnen,
Hauptgeschäftsführer der MIT

Kontakt

Charitéstraße 5 • 10117 Berlin

Telefon: 0 30 / 22 07 98-0

Telefax: 0 30 / 22 07 98-22

E-Mail: info@mittelstand-deutschland.de

www.mittelstand-deutschland.de

Fotos: MIT intern; Seite 1: istockphoto.com/matthewleedsdixon,
Seite 3: istockphoto.com/Lya_Cattel
sonstige Bilder: brandung², Lieferungen der MIT, dpa



MITTELSTANDS- UND
WIRTSCHAFTSVEREINIGUNG
DER CDU/CSU